

Grossratsfraktion FDP.Die Liberalen Kanton Bern
Adrian Haas, Fraktionspräsident

Sessionsbericht der Septembersession 2014

Der Grosse Rat befasste sich in der Septembersession 2014 unter anderem mit den nachstehend dargestellten Themen. Erneut war die Session früher beendet als geplant, das heisst bereits nach einer Woche. Die mit der Parlamentsreform beabsichtigte Effizienzsteigerung scheint erste Früchte tragen, wobei auch die eher dünn befrachtete Traktandenliste das ihrige beitrug.

Kredit für die digitale Geschäftsverwaltung und Archivierung in der Kantonsverwaltung

Das Papierzeitalter soll in der bernischen Kantonsverwaltung bald zu Ende gehen. Bis spätestens im Jahr 2022 will der Kanton die Akten der Zentralverwaltung hauptsächlich elektronisch führen und archivieren. Für die Beschaffung und Bereitstellung der dazu nötigen technischen Infrastruktur beschloss der Grosse Rat einen Rahmenkredit von rund 15,5 Millionen Franken. Das Geschäft war unbestritten, allerdings sprach sich der Rat dafür aus, zu gegebener Zeit auch die Justiz einzubeziehen.

Konzession für ein zusätzliches Kraftwerk der Kraftwerke Oberhasli (Grimsel 1E)

Das Berner Kantonsparlament erteilte der KWO einstimmig die Konzession für „Grimsel 1E“. Damit ist das Projekt einen grossen Schritt weiter. Als Nächstes müssen noch die Aktionäre, die BKW und die Elektrizitätswerke der Städte Bern, Basel und Zürich ihr Einverständnis bekunden. Der Baustart für das 155 Millionen Franken teure Projekt ist frühestens anfangs 2015. Mit dem Kraftwerk Grimsel 1E will die KWO einen Engpass zwischen dem Grimselsee und dem Räterichsbodensee beseitigen. Das neue Kraftwerk wird komplett im Berginnern gebaut und hat abgesehen vom Aushubmaterial keine Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Die KWO rechnet mit einer Bauzeit von vier Jahren. Wenn Grimsel 1E dereinst fertiggestellt ist, produziert das Kraftwerk 30 Gigawattstunden Strom pro Jahr.

Kredit für die Instandsetzung des Gebäudes an der Mittelstrasse 43 in Bern für die Universität

Einstimmig befürwortete der Grosse Rat einen mehrjährigen Verpflichtungskredit zur Instandsetzung der Liegenschaft an der Mittelstrasse 43 in Bern. Dieses Gebäude ist eine der beiden SBB-Liegenschaften, die der Kanton für die künftige Nutzung durch die Universität Bern erworben hat. Die Liegenschaft soll als Institutsgebäude für unterschiedliche Organisationseinheiten der Universität Bern zur Verfügung stehen. Mit dem vorliegenden Kreditantrag von 39,45 Mio. Franken sollen nun die Instandsetzungsarbeiten realisiert werden.

Kredit für Unterbringung und Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Asylsuchender

Die Mehrheit des Rates inkl. FDP folgte unserem Regierungsrat und war der Meinung, dass minderjährige Asylsuchende nicht in den normalen Asylstrukturen untergebracht werden können und entsprechende Kinderschutzmassnahmen nötig sind. Der Rat wünschte sich jedoch eine vertiefte Analyse weiterer möglicher Varianten, auch im Hinblick auf die momentan stark steigenden Zahlen von Asylsuchenden. Er beschloss deshalb, dem entsprechenden Kredit nur für zwei anstelle für fünf Jahre zuzustimmen und Vorlage mit weiteren Varianten in zwei Jahren nochmals zu beraten.

Kantonsbeiträge an die Berner Designstiftung

Die Berner Design Stiftung wird auch in den Jahren 2015-2018 vom Kanton finanziell unterstützt. Der Grosse Rat (inkl. FDP) stimmte einem Beitrag von jährlich 330'000 Franken mit 113 gegen 29 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Ein Antrag der SVP auf eine Kürzung der Kreditsumme auf 300'000 Franken wurde ebenso abgelehnt wie die Forderung der SP nach einer Erhöhung auf 360'000 Franken - diesen Betrag hatte die Stiftung bis anhin erhalten.

Grossratsbeschluss über die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen

Ab 2016 (bis 2019) streicht der Kanton Bern 27,5 Pfarrstellen. Der Abbau in den Berner Landeskirchen dauert allerdings länger als geplant. Der Grosse Rat wollte ursprünglich den Sparauftrag (im Rahmen der ASP) im Umfang von rund fünf Millionen Franken bereits ab 2014 umgesetzt sehen. Dies ist aber aus rechtlichen Gründen nicht

möglich, weil allfällige Kündigungen erst nach Inkrafttreten des Grossratsbeschlusses ausgesprochen werden. Ansonsten drohten Mehrkosten für Abgangsentschädigungen.

Motion Klopfenstein (FDP) betr. ausländische Fahrende

Mit dem FDP-Vorstoss wird die Kantonsregierung beauftragt, beim Bund vorstellig zu werden, um die Zuständigkeit für Schaffung, Betrieb und Finanzierung von Standplätzen für ausländische Fahrende grundsätzlich dem Bund zuzuweisen. Dem Regierungsrat, der die Motion zur Annahme empfahl, wird damit der Rücken gestärkt. Im Rat war der Vorstoss kaum bestritten. Er stimmte mit 130 gegen 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Motion Leuenberger (BDP) betr. „Keine Steuermillionen für Gurlittsammlung“

Eine klare Mehrheit des Grossen Rates (inkl. geschlossene FDP-Fraktion) sah es als schlechtes Signal an, präventiv eine „Verweigerung“ von Steuergeldern zu beschliessen, bevor gesicherte Fakten vorliegen und bevor überhaupt klar ist, ob das Kunstmuseum Bern die Erbschaft antreten wird. Die Sammlung Gurlitt stelle eine Chance für den Kanton und die Region Bern dar, sagte etwa unser Sprecher, Beat Giauque. „Warum mauern, wenn wir noch gar nicht alles wissen?“

SP-Motion betr. keinen gewerblichen Betrieb mit Jetbooten auf Berner Gewässern

Der Grosse Rat lehnte ein Verbot mit 87 zu 63 Stimmen klar ab. FDP, BDP, SVP und EDU sahen schon deshalb keinen Grund für ein Verbot, weil sich diese Boote hinsichtlich Umweltbelastung in keiner Weise von anderen Motorbooten unterscheiden. Die Grünliberalen und die EVP waren sich (wie so oft) uneins. Unterstützung bekam der ziemlich kleinmütige Vorstoss von der SP und von den Grünen.

Gesetz über öffentliche Sozialhilfe, 2. Lesung

Die Gesetzesänderung steht im Zusammenhang mit der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP). In der 2. Lesung ging es nur noch um einen Antrag Studer (SVP), welcher das Gesetz schon anfangs 2015 in Kraft setzen wollte. Dieser Antrag wurde mit 79 zu 67 Stimmen gegen die Stimmen der FDP, SVP und EDU abgelehnt. Die Ratsmehrheit war der Ansicht, dass durch die spätere Umsetzung (anfangs 2016) Härtefälle vermieden werden könnten (was nicht ganz von der Hand zu weisen war). Die Schlussabstimmung passierte das Gesetz mit 109 zu 30 Stimmen. Inhaltlich ändert sich gegenüber der ersten Lesung nichts.

Mehnjähriger Verpflichtungskredit zur Verselbstständigung der kantonalen Psychiatrischen Dienste

Die drei kantonalen Psychiatrischen Dienste (Waldau, Münsingen und Bellelay) sollen gemäss Spitalversorgungsgesetz bis Anfang 2017 aus der Verwaltung ausgegliedert und in Aktiengesellschaften überführt werden, so wie es auch ein FDP-Vorstoss im Jahr 2007 gefordert hatte. Die dafür nötigen betriebs- und regionsspezifischen Strategien sollen im Rahmen eines Projekts erarbeitet werden. Anschliessend sollen die erarbeiteten Strategien umgesetzt werden.

Der Regierungsrat beantragte dem Grossen Rat einen Kredit von 2,95 Millionen Franken für die ersten Schritte der Verselbstständigung. Der Rat genehmigte diesen Kredit – inkl. Auflagen - mit 127 gegen 14 Stimmen.

Motion Thomas Knutti, SVP betr. Stopp dem Angebotsabbau in den öffentlichen Spitälern

Die kantonale Spitalstandort-Initiative wirft ihre Schatten voraus. Eine Gruppe von Oberländer Grossräten um Thomas Knutti (SVP, Weissenburg) versuchte, die Thuner Spitalchefs schon jetzt „zurückzupfeifen“, indem sie mit ihrem Vorstoss erreichen wollten, dass der Regierungsrat die Regionalspitäler „anweist“, bis zur Volksabstimmung über die Initiative keine Angebote mehr abzubauen, weder in Zweisimmen noch sonst wo.

Der Grosse Rat musste somit entscheiden, wie mit der Initiative im Vorfeld der Abstimmung, die kaum vor 2016 stattfindet, umzugehen ist. Die Initiative will nicht nur alle bestehenden Standorte der Regionalspitäler im Gesetz verankern, sondern auch deren Grundangebot.

Brisant ist das vor allem in einem Punkt: Sämtliche Spitäler, die bei der Lancierung der Initiative eine Geburtenabteilung hatten, müssten weiterhin eine solche führen. Konkret müsste die Spital Netz Bern AG die Geburtshilfe Riggisberg, die sie 2013 eingestellt hat, reanimieren. Das Gleiche gilt für die Thuner Spital STS AG, die 2015 die Geburtenabteilung Zweisimmen schliessen will. Ueberdies ging es auch um die Grundsatzfrage einer Vorwirkung einer noch gar nicht beschlossenen Initiative.

Die Motion löste im Grossen Rat eine lange Diskussion aus. Am Ende lehnte sie der Rat mit 40 zu 103 Stimmen klar ab. Für den Vorstoss stimmten primär SVP- und EDU-Vertreter.

Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG)

Der Rat stimmte den Anpassungen an die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen durch das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) zu. Dieses regelt etwa die Zulassung zu den Studiengängen.

Hochschulkonkordat

Der Rat stimmte mit 97 gegen 44 Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Beitritt zu. Kritische Ausserungen kamen aus den Reihen der SVP und (Teilen) der FDP. Die bürgerliche Minderheit wehrte sich vergeblich gegen eine zu zentralistische Steuerung und befürchtete, dass dadurch der Wettbewerb unter den Hochschulen zu Lasten der Bildungsqualität reduziert würde. Ueberdies wurde kritisiert, dass die Wirtschaft nicht im Hochschulrat vertreten sei und der Kanton Bern eher wenig Stimmen hat. Bei dieser Vorlage zeigte sich einmal mehr die Problematik der Konkordate: Man kann nur Ja oder Nein zu einem unter den Kantonsregierungen ausgehandelten Text sagen und verfügt über keine Gestaltungsfreiheit. „Vogel friss oder stirb“ heisst die Devise.

Motion Vania Kohli, BDP, und Natalie Imboden, Grüne betr. „Mehr Frauen in Kaderfunktionen in der Verwaltung und in Institutionen mit kantonaler Beteiligung“

Ein Grossrätinnen-Duo, das sich vor den Grossratswahlen zweckdienlich und medienwirksam zusammengefunden hatte, forderte in einer Motion eine Frauenquote für die oberen Kader in der Verwaltung und die kantonsnahen Betriebe. Mittelfristig sollten nicht weniger als 40 Prozent des oberen Kadern in der Kantonsverwaltung Frauen sein.

Wie der Antwort der Regierung zu entnehmen ist, sind im oberen Kader der Verwaltung derzeit 31,3 Prozent Frauen vertreten. Seit 2007 sei ihr Anteil jährlich um durchschnittlich 1,3 Prozentpunkte angestiegen. Bei gleich bleibender Entwicklung wäre die Forderung der Motionärinnen in sieben Jahren erreicht. Tiefer ist der Frauenanteil in Toppositionen wichtiger kantonsnaher Unternehmen wie der BKW AG, der BLS AG und der Bedag Informatik AG. In diesen Verwaltungsräten sitzen 25, 22 und 14 Prozent Frauen. Im Verwaltungsrat der Berner Kantonalbank sind aktuell sogar nur 12,5 Prozent der Mitglieder Frauen. Zwar will sich die Regierung dafür einsetzen, dass der Frauenanteil in den Toppositionen steigt. Denn allein schon aus volkswirtschaftlicher Sicht sei es sinnvoll, Frauen in Kaderpositionen einzusetzen. Auch werde der Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund des prognostizierten Arbeitskräftemangels und der aktuellen Zuwanderungsdebatte zunehmend auf qualifizierte und motivierte Frauen angewiesen sein. Ohne eine Gesetzesänderung seien jedoch die Einflussmöglichkeiten bei kantonalen Beteiligungsgesellschaften und Institutionen begrenzt, hält die Regierung fest. In der Kantonsverwaltung könne ein höherer Frauenanteil im oberen Kader nur über die natürliche Fluktuation erreicht werden, was Zeit brauche. Weil in erster Linie die persönliche und die fachliche Qualifikation entscheidend seien, lehnt die Regierung eine starre Quotenregelung ab. Insgesamt erkennt sie jedoch, dass Handlungsbedarf bestehe, und empfahl den Vorstoss in der weniger verbindlichen Form eines Postulates (=Prüfungsauftrag) zur Annahme.

Der Grosse stimmte dank der Unterstützung durch die Linken und die BDP dem Vorstoss als Postulat zu. Die FDP lehnte ihn einstimmig ab. Unklar bleibt, was jetzt die Regierung genau prüfen will.

Personelles in der Grossratsfraktion

Mit der neuen Legislatur nahmen neben den drei bisherigen Aufsichtskommissionen auch die neuen Sachbereichskommissionen, die im Rahmen der Parlamentsrechtsrevision geschaffen worden sind, ihre Arbeit auf. Während die Kommissionspräsidien durch den Grosse Rat (in der Junisession 2014) bestimmt worden sind, oblag es den Kommissionen selber, ihre Vizepräsidien zu bezeichnen. Die FDP-Fraktion freut sich dass sie nun neben dem Kommissionspräsidium der Gesundheits- und Sozialkommission GSoK (Kathrin Zumstein) auch noch 3 Vizepräsidien besetzen darf. Diese Ehre kommt folgenden Persönlichkeiten zu:



Corinne Schmidhauser, neu
Vizepräsidentin
Bildungskommission (BIK)



Philippe Müller, neu
Vizepräsident
Sicherheitskommission (SIK)



Hubert Klopfenstein, neu
Vizepräsident Justizkommission
(JUKO) und Präsident des
Ausschusses IV

Fraktionsausflug

Der diesjährige Fraktionsausflug wurde von Peter Moser organisiert (Merci!) . Er führte die Fraktion und die Gäste ins Seeland. Nach einem interessanten Besuch bei der InnoCampus AG in Nidau und einer sehr spannenden Besichtigung des Dynamic Test Centers in Vauffelin, liess sich die muntere Schaar im von-Rütte-Gut in Sutz-Lattrigen zum gemütlichen Nachtessen und Beisammensein nieder.



Bern, 5. September 2014